

City News

Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Polen, Serbien, Slowenien,
Tschechien, Ungarn

22. bis 25. Januar 2019



Inhaltsverzeichnis

Sarajevo/Bosnien-Herzegowina.....	5
Erste TEDx-Konferenz im März in Sarajevo	5
Bosnien-Herzegowina: Über 50.000 BürgerInnen verließen 2016 und 2017 das Land	5
Sarajevo: Initiative "Rauchfreies Sarajevo: Jeder Rauchfang ist wichtig"	6
Sofia/Bulgarien.....	7
Bulgarien erhält EU-Finanzierung für saubere Luft.....	7
Bulgarien schafft Einbürgerung gegen Investitionen ab	7
Sofia: Ausbau der U-Bahn bis 2027 geplant.....	7
Zagreb/Kroatien	9
Stadt Zagreb will zwei neue Brücken bauen.....	9
Russische "Sberbank" will Anteile an kroatischen Konzern "Agrokor" rasch abstoßen	9
Zagreber Seilbahn teurer als Seilbahn auf das Matterhorn	9
Krakau/Polen	11
Oscar-Verleihung: Polnischer Film nominiert.....	11
"Uber" investiert in Krakau	11
Smog wird für Polen teuer	11
Belgrad/Serbien	12
Belgrad bekommt Haustierfriedhof	12
Belgrad: Erweiterungspläne für Rettungsdienstzentrale.....	12
Belgrad: Keine tödlich verunglückten Kinder im Verkehr	12
Ljubljana/Slowenien	14
Fahrgastzentrum: Neuer ungarischer Investor	14
Slowenien: Keine Wasserkraftwerke an der Mur	14
Slowenien: Haushaltsplan mit höheren Ausgaben	14
Prag/Tschechien	16

Baugenehmigung für die Prager U-Bahnlinie D soll binnen dreier Jahre erfolgen	16
Prag: Kostenlose Öffis an Smogtagen.....	16
Prager Stadtregierung möchte ausgewählte Mietverträge im Stadtzentrum kündigen	17
Budapest/Ungarn	18
Doch kein Klimt-Relief in Budapest?.....	18
Neuer Oberleitungsbus in Erprobung	18
Budapest saniert Wohnungen für Obdachlose	18
Budapest: Neuer Leiter der Verkehrszentrale vorgestellt	19
Ungarn: Audi-Streik gefährdet die Wirtschaft.....	19

City News

Sarajevo/Bosnien-Herzegowina

GGr. für Kultur und Wissenschaft

Erste TEDx-Konferenz im März in Sarajevo

Heuer wird zum ersten Mal eine TED-Konferenz in der Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas abgehalten, die so genannte "TEDxFerhadija". Die TED-Konferenzen (Technology, Entertainment, Design) finden jährlich in mehr als 2.500 Städten in 164 Ländern statt. Fachleute der unterschiedlichsten Gebiete tauschen ihre Ideen aus. Es stehen maximal 18 Minuten Zeit zur Verfügung, um die Idee zu präsentieren. Die erste TED-Konferenz in Sarajevo wird unter dem Motto "Brain Force One" am 9. März stattfinden.

Dnevni avaz, Sarajevo, 25. Januar 2019

GGr. für Soziales, Gesundheit und Sport

Bosnien-Herzegowina: Über 50.000 BürgerInnen verließen 2016 und 2017 das Land

Insgesamt kamen 2016 und 2017 50.122 Menschen aus Bosnien-Herzegowina nach Deutschland, 28.423 dieser Personen kehrten wieder zurück. Dies sind die offiziellen Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die vom Deutschen Innenministerium veröffentlicht wurden. Sie beziehen sich auf die Migration während der Jahre 2016 und 2017. Die Anzahl der BürgerInnen, die Bosnien-Herzegowina verlassen haben, ist 2017 im Vergleich zu 2016 gestiegen. Nach den verfügbaren Daten aus den Nachbarländern verließen 110.526 kroatische StaatsbürgerInnen ihr Land in Richtung Deutschland, während fast 50.000 Menschen in das Nachbarland zurückkehrten. Aus Serbien kamen an die 52.000 Menschen nach Deutschland.

Dnevni list, Mostar, 24. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Sarajevo: Initiative "Rauchfreies Sarajevo: Jeder Rauchfang ist wichtig"

Der Verein "EKO Aktion" (EKO Akcija) startet mit der Umsetzung des Projekts "Rauchfreies Sarajevo: Jeder Rauchfang ist wichtig". Das Beobachtungsteam des Vereins wird in den nächsten Monaten Daten zu den luftverschmutzenden Betrieben sammeln. Anlass dieser Initiative sei das jahrelange Problem mit der Luftgüte in der Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas. Laut dem Verein soll mit der Veröffentlichung der größten Verursacher Druck auf diese Betriebe ausgeübt werden. Eine weitere Idee des Projekts ist, die SarajevoerInnen als BeobachterInnen handeln zu lassen. Mit einem Anruf oder einem Google-Formular können sie dem Verein luftverschmutzende Betriebe und Fabriken melden.
Dnevni avaz, Sarajevo, 24. Januar 2019

Sofia/Bulgarien

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Bulgarien erhält EU-Finanzierung für saubere Luft

Umweltminister Neno Dimov (parteilos) gab kürzlich bekannt, dass Bulgarien insgesamt 111 Millionen Bulgarische Lewa (circa 57 Millionen Euro) von der Europäischen Union und dem europäischen Investitionsfonds zur Umsetzung von Maßnahmen erhalte, die zu einer Verbesserung der Luftqualität in Bulgarien führen sollen. Laut Dimov würden die Gelder jedoch nicht allen Gemeinden zu Gute kommen, sondern nur jenen, die bestimmte Kriterien der Europäischen Kommission erfüllen würden, weshalb Dimov den Kommunen empfahl, aktiv an der Umsetzung der Maßnahmen des Programms zur Verbesserung der Luftqualität zu arbeiten. Auf zentraler Ebene würden die Bemühungen, zur Absicherung europäischer Mittel zur Finanzierung der entsprechenden Projekte, fortgesetzt.
Expert.bg, Sofia, 23. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Bulgarien schafft Einbürgerung gegen Investitionen ab

Das bulgarische Justizministerium gab am 22. Jänner 2019 in Sofia bekannt, dass Bulgarien die Regelung abschaffen wolle, der zufolge es möglich war, die bulgarische StaatsbürgerInnenschaft durch einen Nachweises von mindestens einer halben Million Euro an Investitionen in das Land zu erwerben. Die EU-Kommission habe sich besorgt darüber gezeigt und die mangelnden Kriterien bei der Vergabe der bulgarischen StaatsbürgerInnenschaft kritisiert. Die EU-Kommission bemängelt in dem Bericht, dass neben Bulgarien auch Malta und Zypern, die ähnliche Regelungen hätten, Geldwäsche und Steuerhinterziehung erleichtern würden.

Mediapool.bg, Sofia, 23. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Sofia: Ausbau der U-Bahn bis 2027 geplant

Das Sofioter Verkehrsunternehmen "Metropolitan" gab kürzlich bekannt, dass Bulgarien ein EU-finanziertes Projekt, vorbereite, das weitere zehn Streckenkilometer für die Sofioter U-Bahn mit mindestens neun neuen U-Bahn-Stationen bis zum Jahr 2027 vorsehe. Die Bauarbeiten sollten 2021 beginnen und

in rund vier Jahren abgeschlossen werden. Nach der Verlängerung werde sich das U-Bahn-Netz über eine Gesamtlänge von 67 Kilometern erstrecken und die Schadstoffemissionen um 90.000 Tonnen reduzieren.

Novinite.bg, Sofia, 23. Januar 2019

Zagreb/Kroatien

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Stadt Zagreb will zwei neue Brücken bauen

Die Stadt Zagreb interessiert sich erneut für zwei Megaprojekte, die seit Jahren stillstehen. Auf der östlichen und westlichen Seite des Stadtsees "Jarun" soll jeweils eine Brücke gebaut werden. Die Brücken sollen vorwiegend der Entlastung des Nord-Süd-Verkehrs in der Stadt dienen. Beide Projekte sind schon seit Jahrzehnten in Planung, wurden aber nie realisiert. Nun veröffentlichte die Stadt Zagreb eine Ausschreibung, um die bestehenden Fertigungspläne zu prüfen und mit den neusten Rechtsvorschriften zu harmonisieren. Nach Erhalt der Standortgenehmigung, die für Mitte des Jahres geplant ist, sollen die Megaprojekte fortgesetzt werden.

Vecernji.hr, Zagreb, 22. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Russische "Sberbank" will Anteile an kroatischen Konzern "Agrokor" rasch abstoßen

Die größte russische Bank, "Sberbank", ist nach dem Schuldenschnitt des größten kroatischen Konzerns "Agrokor" dessen größte Aktionärin. Nun kündigte der Vizedirektor der Bank, Alexander Vedyakhin, am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos an, dass die Bank so rasch wie möglich, vielleicht noch im Laufe des Jahres, ihre Anteile in der Höhe von 39 Prozent am Konzern abstoßen will. Etwas später wurde diese Äußerung von der Bank etwas relativiert. So wurde erklärt, dass die Bank die Anteile am kroatischen Konzern sicher verkaufen wolle, jedoch zu einem angemessenen Preis.

Večernji list, Zagreb, 25. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Zagreber Seilbahn teurer als Seilbahn auf das Matterhorn

Heute, am 25. Jänner 2019, sollen nach 13 Jahren wiederholter Ankündigungen die Bauarbeiten an der neuen Seilbahn auf den Zagreber Stadtberg Sljeme

beginnen. Die Kosten des Projektes betragen insgesamt 523 Millionen kroatische Kuna (circa 70 Millionen Euro). Zwar ist aufgrund des Projektumfangs nur schwer ein Vergleich zu ziehen, jedoch ist die Zagreber Seilbahn etwa zehn Prozent teurer als die kürzlich eröffnete Seilbahn auf das Matterhorn. Die Zagreber Stadtverwaltung erklärte auf diese Vorwürfe hinauf, dass das Zagreber Projekt unter anderem den Bau einer Berg- und Talstation sowie zweier Zwischenstationen beinhaltet. Außerdem sind im Preis auch eine Garage und eine Sporthalle inkludiert, während das Schweizer Projekt nur den Bau einer Bergstation und die Ausrüstung der Seilbahn beinhaltete.

24 sata, Zagreb, 25. Januar 2019

Krakau/Polen

GGr. für Kultur und Wissenschaft

Oscar-Verleihung: Polnischer Film nominiert

Die 91. Oscar-Verleihung findet am 24. Februar 2019 in Los Angeles statt. Die Chancen stehen gut für den neuesten Film des polnischen Regisseurs Pawel Pawlikowski: Das semi-autobiografische, romantische, musikalische Filmdrama "Cold War" wurde als bester fremdsprachiger Film nominiert. Sowohl der Regisseur als auch der Kameramann, Łukasz Żal, wurden in den Kategorien "Beste Regie" und "Beste Kamera" nominiert. Mit dem Film "Ida" konnte Pawlikowski 2014 bereits schon einmal die begehrte Auszeichnung gewinnen.
Dziennikpolski24.pl, Krakau, 23. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

"Uber" investiert in Krakau

Der amerikanische Fahrdienstleister "Uber" investiert in großem Stil in Krakau. Weitere 26 Millionen polnische Złoty (6,05 Millionen Euro) werden in den Ausbau des "Uber"-Businesszentrums in Krakau investiert. Mehr als 200 IT-SpezialistInnen sollen nach dem Ausbau eingestellt werden. In Krakau werden die Fachkräfte am neuesten Konzept von "Uber", dem Verleih von Elektrofahrrädern, arbeiten.
Gazeta Krakowska, Krakau, 23. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Smog wird für Polen teuer

Das Warschauer Gericht gab am 24. Jänner 2019 mittels eines Urteils bekannt, dass der Staat für die schlechte Luftqualität in Polen die Verantwortung trage. Zum ersten Mal bestätigte das Gericht, dass die Republik keine ausreichenden Maßnahmen gegen Smog ergreife. Der Schauspielerin Grażyna Wolszczak, die im Vorfeld eine Klage eingereicht hatte, wurde eine Entschädigung in der Höhe von 5.000 polnischen Złoty (1.160 Euro) zugesprochen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Ferner bereitet eine Warschauer Rechtsanwaltskanzlei eine Sammelklage vor, an der sich, gegen ein Honorar von 200 polnischen Złoty (46 Euro), jeder beteiligen kann. Hunderte Personen haben sich bereits angemeldet, erwartet werden Tausende KlägerInnen.
Gazeta Wyborcza, Warschau, 25. Januar 2019

Belgrad/Serbien

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Belgrad bekommt Haustierfriedhof

Die Stadt Belgrad möchte in absehbarer Zeit endlich einen Haustierfriedhof errichten lassen, kündigte Belgrads Oberstadtplaner Milutin Folić (parteilos) Mitte Jänner 2019 an. Ein Ideenprojekt sei bereits erstellt worden, die Ausarbeitung der technischen Projektunterlagen sei im Gange. Im Herbst 2019 soll der Auftragnehmer für den Friedhofsbaus ausgewählt werden. Der 1,54 Hektar große Friedhof soll im westlichen Stadtteil Novi Beograd, südlich der Stadtautobahn, entstehen, so Oberstadtplaner Folić.
Novosti.rs, Belgrad, 23. Januar 2019

GGr. für Soziales, Gesundheit und Sport

Belgrad: Erweiterungspläne für Rettungsdienstzentrale

Belgrads Bürgermeister Zoran Radojičić (parteilos) kündigte Ende Jänner 2018 in einem Mediengespräch die Sanierung und Erweiterung der Belgrader Rettungsdienstzentrale an. Ihm zufolge soll das Gebäude der Rettungsdienstzentrale um 8.000 Quadratmeter erweitert werden. Dabei soll besonders auf Energieeffizienz geachtet werden. Das Projekt befindet sich derzeit in der Vorbereitungsphase. Die Finanzierung soll aus EU-Mitteln und einem Kredit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) gesichert werden. Seit der Errichtung der Rettungsdienstzentrale in den 1960er-Jahren habe es keine größeren Investitionen in das Gebäude gegeben, so Bürgermeister Radojičić.

Politika, Belgrad, 25. Januar 2019

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Belgrad: Keine tödlich verunglückten Kinder im Verkehr

Die von der Stadt Belgrad in Zusammenarbeit mit dem serbischen Innenministerium und der "Agentur für Verkehrssicherheit" angeregte Veranstaltungsreihe "Sicherheit von Kindern im Verkehr" habe konkrete Wirkungen gezeigt. Wie Belgrads Vizebürgermeister Goran Vesić (SNS – Serbische Fortschrittspartei) Ende Jänner 2019 bekannt gab, kam es im Jahr 2018 zu keinen tödlichen Verkehrsunfällen mit Kindern in Belgrad. Neben der Veranstaltungsreihe,

die in allen Belgrader Schulen stattfand, habe auch das Projekt "Schulzone" der Belgrader Magistratsabteilung für Verkehr zur erhöhten Sicherheit für die Kinder beigetragen. Im Rahmen des Projekts sprachen sich Schulen und Eltern für bestimmte Maßnahmen in der Umgebung von Schulen ab.
Politika, Belgrad, 25. Januar 2019

Ljubljana/Slowenien

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Fahrgastzentrum: Neuer ungarischer Investor

Die Monate der Unklarheit um den Bau des gewerblichen Teils des Laibacher Fahrgastzentrums "Emonika" sind vorüber. Der neue Eigentümer der Liegenschaften ist das ungarische Unternehmen "Mendota Invest". Dieses gehört zum ungarischen Konzern "HO-ME 2000", das enge Kontakte zu der ungarischen Regierung pflegt. Wie viel Geld die neuen Eigentümer in den Bau des gewerblichen Teils des Projekts investieren werden ist bisher unbekannt. Die "Slowenischen Eisenbahnen" und die "Direktion für Infrastruktur der Republik Slowenien" ihrerseits einen Investitionsplan vorgelegt. Der neue Busbahnhof mit Parkgarage wird auf 20 Millionen Euro und der neue Bahnhof mit der Adaptierung des gesamten Schienennetzes auf 60 Millionen Euro geschätzt.

Dnevnik, Ljubljana, 24. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Slowenien: Keine Wasserkraftwerke an der Mur

Slowenien baut keine Wasserkraftwerke an der Mur. Das bestätigte der slowenische Umweltminister Jure Leben (SMC – Partei des modernen Zentrums) nach der Übergabe des UNESCO-Zertifikats zur Gründung des Biosphärenschutzgebietes Mur. An dem ungefähr 100 Kilometer langen Flusslauf, im nordöstlichen Teil Sloweniens liegen größte Auwälder. Dieses 29.000 Hektar große Gebiet ist aufgrund der biologischen Vielfalt besonders fragil. Zahlreiche Bürgerinitiativen zeigten sich nach einem langen Kampf um die Erhaltung des Gebiets zufrieden. Sie fordern jedoch zweckgebundene Mittel und die Ausarbeitung eines ehrgeizigen Erhaltungsplans für die Region.

Večer, Maribor, 23. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Slowenien: Haushaltsplan mit höheren Ausgaben

Die slowenische Regierung bestätigte am 23. Jänner 2019 den Haushaltsplan für 2019. Dieser sieht Einnahmen in der Höhe von 10,33 Milliarden Euro vor. Das sind 579 Millionen Euro mehr, als noch von der vorherigen Regierung eingeplant.

Dieser Haushaltsplan geht von einem 3,7-prozentigen Wirtschaftswachstum aus. Der slowenische Staat soll 2019 rund 10,16 Milliarden ausgeben. Das sind um 463 Millionen Euro mehr, als noch 2018 vorgesehen waren. Somit ist für 2019 ein Haushaltsüberschuss in der Höhe von 0,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes geplant.

Delo, d.o.o., Ljubljana, 24. Januar 2019

Prag/Tschechien

GGr. für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

Baugenehmigung für die Prager U-Bahnlinie D soll binnen dreier Jahre erfolgen

Die Stadt Prag will im Jahr 2019 mit einer geologischen Untersuchung für den Ausbau der U-Bahnlinie D beginnen. Im Zuge der Untersuchung sollen neue Tunnel entstehen, die später für den Ausbau der Linie verwendet werden sollen. Der Prager Magistrat hat vor, für den ersten Teil der Strecke zwischen den Stationen Pankrác und Olbrachtova binnen dreier Jahre eine Baugenehmigung zu erhalten. Laut dem Stadtrat für Verkehr, Adam Scheinherr (Praha sobě – Prag für sich), sind die Eigentumsrechte, die benötigten Grundstücke betreffend, fast geklärt. Der Manager des Projekts für den Ausbau der Linie D, Jiří Hrnčíř, erwähnte, dass im April 2019 mit der geologischen Untersuchung begonnen werden solle, für deren Umsetzung 930 Millionen Tschechische Kronen (35,8 Millionen Euro) reserviert seien.

Lidovsky.cz, Prag, 23. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Prag: Kostenlose Öffis an Smogtagen

Der stellvertretende Oberbürgermeister für Umwelt und Infrastruktur, Jiří Hlubuček (STAN – Bürgermeister und Unabhängige), gab kürzlich bekannt, dass die Stadt Prag an Smogtagen die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos zur Verfügung stellen wolle. Parallel dazu solle auch geprüft werden, unter welchen Bedingungen Umwelt- und Mautzonen in Prag einzuführen wären. Die "Kostenlose Öffis an Smogtagen"-Maßnahme soll bei der nächsten Tagung des Stadtrates genehmigt werden. Der Magistrat plant auch eine Informationskampagne, um die BürgerInnen dahingehend zu informieren, was sie an Smogtagen vermeiden sollten. Der Plan, an Smogtagen die Verkehrsmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen, wurde bereits von der vorherigen Stadtregierung geplant, jedoch wurde dieser nie genehmigt.

Prazsky.denik.cz, Prag, 23. Januar 2019

GGr. für Kultur und Wissenschaft

Prager Stadtregierung möchte ausgewählte Mietverträge im Stadtzentrum kündigen

Der Stadtrat für Vermögensfragen, Jan Chabr (SSPP – Vereinte Kräfte für Prag), bereitet einen Vorschlag vor, der die Kündigung von Mietverträgen ausgewählter Geschäfte und Wechselstuben in der Prager Innenstadt vorsieht. Das neue Koalitionsmitglied kritisiert vor allem jene Geschäfte, in denen Matroschkas und geschmacklose Souvenirs verkauft werden. Laut Chabr hätten auch die Wechselstuben einen schlechten Ruf in Prag, weshalb ihm zufolge auch einige dieser Mietverträge gekündigt werden sollten. Dieser Plan war im Vorfeld bereits von Oberbürgermeister, Zdeněk Hřib (Piráti – Piraten), vorgestellt und nun von Chabr konkretisiert worden.

Prazsky.denik.cz, Prag, 23. Januar 2019

Budapest/Ungarn

GGr. für Kultur und Wissenschaft

Doch kein Klimt-Relief in Budapest?

Zwei Klimt-Experten bezweifeln, dass das vorige Woche präsentierte Werk von Gustav Klimt stammt. Der "Verein der Ungarischen Innenarchitekten" hatte in einer Wohnung, die früher als Klaviersalon diente, ein Relief präsentiert und Klimt zugeordnet. Laut der Zeitschrift "Art Newspaper" bezweifeln sowohl der Direktor des Kunsthistorischen Museum in Leipzig, Alfred Weidinger als auch der Direktor der Wiener Klimt-Foundation, Peter Weinhäupl, dass das Kunstwerk von Klimt stammt, da "die Qualität des Reliefs keine überzeugende Ähnlichkeit zu den Werken des Künstlers aufweist".

Index.hu, Budapest, 18. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Neuer Oberleitungsbus in Erprobung

Der erste neue Skoda-Solaris Oberleitungsbus ist in Budapest eingetroffen. Weitere 20 sollen bald folgen. Die zehn Solo- und elf Gelenkbusse sollen im Testbetrieb 2.000 Kilometer ohne Fahrgäste fahren. Erst nach diesen Erprobungsrunden werden sie in den Linienverkehr überführt werden. Die neuen Skoda Solaris Busse haben im Vergleich zu den Oberleitungsbussen, die 2015 und 2016 in Betrieb genommen worden sind, niedrigere Einstieghöhen.

Hvg.hu, Budapest, 23. Januar 2019

GGr. für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen

Budapest saniert Wohnungen für Obdachlose

Budapest renoviert 20 Wohnungen im 8. Bezirk, die sich im Eigentum der Stadt befinden. Die Mitwohnungen sollen Obdachlosen zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel für die Sanierung stammen von der Europäischen Union und dem Staat. Darüber hat der Gemeinderat bei der monatlichen Sitzung am Mittwoch, dem 23. Jänner 2019, entschieden. Das Projektbudget umfasst 35 Millionen Forint (109.800 Euro) und soll dazu dienen, um Obdachlosen, die über ein minimales Einkommen verfügen, eine sichere und nachhaltige Unterbringung zu bieten. Das Gesamtbudget des Projekts beläuft sich auf 100 Millionen Forint (313.7100 Euro), 65 Millionen Forint (204.000 Euro) stammen von der "Budapester

Methodologischen Sozialzentrale und ihren Institutionen" (BMSZKI). Mit diesem Budget wird versucht, eine nachhaltige Hilfe für die Bedürftigen außerhalb des Versorgungssystems für Obdachlosen zu sichern und ein Kooperationsnetzwerk aufzubauen.

Budapest.hu, Budapest, 23. Januar 2019

GGr. für Umwelt und Wiener Stadtwerke

Budapest: Neuer Leiter der Verkehrszentrale vorgestellt

Ervin Nemesdy ist neuer Leiter der Budapester Verkehrszentrale (BKK). Darüber hat am Mittwoch, dem 23. Jänner 2019, der Budapester Gemeinderat abgestimmt. Kálmán Dabóczi, der bisherige Leiter des Unternehmens, wurde seines Postens enthoben, nachdem es bei der Einführung des e-Ticketsystems zu enormen Verzögerungen gekommen war. Oberbürgermeister István Tarlós (parteilos) hatte bereits am 30. November 2018 die Entlassung von Dabóczi eingeleitet.

24.hu, Budapest, 23. Januar 2019

GGr. für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Ungarn: Audi-Streik gefährdet die Wirtschaft

Seit September 2018 streiten sich Audi und die Gewerkschaft des Unternehmens über die Gehälter der Mitarbeiter. Deshalb wurde die Arbeit in der Audi-Fabrik in Győr eingestellt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter demonstrieren vor dem Fabrikgebäude. Die Gewerkschaft hatte eine 18-prozentige Gehaltserhöhung verlangt, um sich zumindest an die slowakischen Löhne des Fahrzeugherstellers anzunähern. Der Streik soll etwa eine Woche lang dauern, wird aber so lange weitergeführt, bis es zu einer Einigung kommt. Sollte der Streik länger andauern, könnte das auch für das Bruttoinlandsprodukt des Landes negative Folgen haben. Die Regierung will sich nicht einmischen.

Blick, Budapest, 25. Januar 2019